

I.

In der Nacht sind alle Katzen grau. In der Mitte sind fast alle Politiker (heute sogar die, die immer noch als rosarot gelten und verzweifelt mitmachen, und die hellblauen sowieso) dunkler als grau, fast schwarz. Schwarz wie der Tod und der Talar von Prälat Ludwig Kaas, dem Führer der Zentrumsparlei, die 1933 für Hitlers Ermächtigungsgesetz stimmte und damit der Weimarer Republik endgültig den Todesstoß versetzte. Dass unter Hitler Kommunisten inhaftiert, gefoltert und ermordet wurden, hat die schwarzen Politiker der Mitte damals nicht gestört. Und später (bis heute) auch nicht. *Nur ein toter Kommunist ist ein guter Kommunist*, war und ist das Credo der Mitte, das Country Joe McDonald 1969 in Woodstock in seinem Lied über den Vietnamkrieg («I-Feel-Like-I'm-Fixin'-to-Die Rag») so sarkastisch besang. Adenauer ließ mit seinem 1951 beim Bundesverfassungsgericht bestellten und von diesem 1956 gelieferten KPD-Verbot die Kommunisten, die Hitlers KZs gerade noch überlebt hatten, zehn Jahre später wieder ins Gefängnis stecken. Das verschweigt die heutige vermeintlich aufgeklärte Öffentlichkeit schamlos.

Politik war im westlichen Deutschland auch nach 1945 (mit einer fünfjährigen Ausnahme unter Willy Brandt, der »mehr Demokratie wagen« wollte, ein Gedanke, den aber schon sein Nachfolger für obsolet erklärte) immer rechts. Also mittig. Wie der korrupte Parteipenden-Kanzler Kohl für seinen Freund Leo Kirch das rechte Privatfernsehen einführte, weil er *ARD* und *ZDF* für »zu links« hielt, weiß heute kaum noch jemand. Generell wird inzwischen aber konstatiert, dass seit etwa 20 Jahren ein deutlicher Rechtsruck, manchmal auch harmlos Rechtsverschiebung genannt, in der Gesellschaft stattfindet.

II.

Die in der Bevölkerung vorhandenen Einstellungen wandern insgesamt nach rechts, und damit offenbar auch die Mitte, die sich aus der Mitte entfernt, aber trotzdem auf gespenstische Weise die Mitte bleibt. Ein mysteriöses, erklärungsbedürftiges Phänomen. Die Linkspartei vertritt heute Positionen, so stellt wenigstens ab und zu mal ein ehrlicher (naturgemäß älterer) Journalist fest, die einst die SPD Willy Brandts vertrat; sie fordert einen Spitzensteuersatz wie er unter Kanzler Kohl galt – und dennoch halten alle (von Lanz über Illner und Maischberger bis Miosga und Klamroth) sie für »links-außen«. Der *Bayerische Rundfunk* berichtet Ende Mai 2026 vom verlorenen Vertrauen der Menschen in die »Funktionsfähigkeit« der bundesdeutschen Demokratie: »Und davon profitieren vor allem die politischen Ränder.« Schon hat man die (wirtschaftspolitisch eigentlich harmlose) Linke wieder zusammen mit der AfD in die Schublade »Demokratiefeinde« gesteckt. So einfach geht das. Bayerischer Rundfunk eben. Aber diese absichtliche Irreführung verfängt beim Publikum und funktioniert.

In ihrem Vortrag »Ganz normale Medien und ihr Beitrag zum Comeback des Faschismus« bei der diesjährigen *re:publica* zeigten Leonhard Dobusch und Nadia Zaboura wie sogenannte Qualitätsmedien (*ARD*, *ZDF*, *Süddeutsche*, *Spiegel*, *FAZ* usw.) zur Rechtsverschiebung beitragen. Die *ARD* etwa berichtete unter dem Titel »Umstrittene Äußerungen von Merz« über Reaktionen auf dessen Aussage zum Stadtbild. Durch das Adjektiv »umstritten« wird so getan, als könne man eben diese oder auch jene Meinung dazu haben. Die Journalisten wollen angeblich einen »ausgewogenen« Beitrag liefern, und das Adjektiv soll signalisieren, wie ausbalanciert

der Beitrag ist. Was er natürlich nicht ist. Denn genau durch diese Form der Relativierung entsteht der Eindruck, die diskriminierende, rassistische und xenophobe Einstellung des Kanzlers, dass manche Menschen nicht in unser Stadtbild gehören, sei ganz legitim. Und wieder wird die Mitte ein Stück nach rechts verschoben. So geht es seit Jahren. Der Zulauf zur AfD muss uns nicht verwundern. Die AfD ist nur das Symptom. Die Krankheit ist die Mitte selbst.

III.

In seinem genialen Lied über den »Notar Bolamus«, diesem zu einem Musterexemplar des deutschen Kleinbürgers mutierten Nazi, der nie »Maß und Mitte« aus dem Auge verliert, hat Franz Josef Degenhardt 1964 auf Burg Waldeck die Mentalität dieses Typus beschrieben: »Er hat sich gut durch die Zeit gebracht, und er gab immer acht. Denn er war immer ein bisschen dafür und ein bisschen dagegen.« Sarkastisch heißt es in dem Lied weiter: »Nur Auschwitz, sagt er, das war ein bisschen zu viel. Und (...) zitiert seinen Wahlspruch: Alles mit Maß und mit Ziel.«

Natürlich kannte Degenhardt die »Diskussionen« im Nachkriegsdeutschland darüber, wie viele ermordete Juden es nun eigentlich genau waren. Die sechs Millionen, hieß es oft, seien wohl stark übertrieben. Drei Millionen hielt man für glaubhafter. Das war die Mitte zwischen null und sechs. Und hörte sich nur halb so schlimm an. Gemäß der politischen Tugend des Kompromisses.

Die politische Mitte ist also sehr beweglich, auf gefährliche Weise. Wenn sie noch weiter nach rechts wandert, was dann? Müssen die Linken (auch wenn sie keine Kommunisten sind) als vaterlandslose Gesellen dann wieder um ihr Leben oder nur um ihre Freiheit fürchten? Gleichzeitig wird so getan, als sei die Mitte etwas Wertvolles. Als sei in ihr das richtige Handeln, die korrekte Entscheidung verbürgt. Woher kommt dieser merkwürdige Nimbus?

IV.

Schon Aristoteles begann in seiner »Nikomachischen Ethik« die Mitte ganz formal als das Richtige auszuweisen. Wir alle haben Affekte, lehrte er, und es komme darauf an, das richtige Quantum eines Affekts in sich zuzulassen, das heißt: nicht zu viel und nicht zu wenig. Sein Musterbeispiel ist die Furcht. Habe man zu viel Furcht in der Seele, sei man feige. Habe man zu wenig, sei man tollkühn. Beides sei schlecht. Richtig sei das »rechte Maß«, das Aristoteles dann Mut nennt. Hier sieht man den semantischen Trick. Durch das hinzugefügte Funktionswort »zu« wird das Genannte automatisch falsch oder schlecht: »zu viel« oder »zu wenig«. Gut und richtig ist also das, was dazwischen liegt: Die Mitte, die damit auch das richtige Maß angibt. Womit wir bei der öden Aliteration »Maß und Mitte« wären. Übertragen in die Politik sind die Ränder des politischen Spektrums automatisch gleichermaßen als falsch disqualifiziert. Als extrem. Auch in der Mathematik, in der Statistik und in den Naturwissenschaften nennt man die außen oder am Rand liegenden Punkte und Werte (hier aber ganz ohne ideologische Konnotationen) Extrema. In der Politik gelten sie – allerdings nur von der Mitte aus gesehen – als das a priori Falsche. Und werden gleichgesetzt. So vom Innenminister, der meint, man müsse den Rechtsextremismus und den Linksextremismus in gleicher Weise bekämpfen. Wohl auch, um davon abzulenken, dass sich die Regierungspolitik längst selbst am rechten Rand befindet: Die deutsche »demokratische Mitte« lobt sich zwar unentwegt für das Grundgesetz und dessen ersten Satz, dass die Menschenwürde unantastbar sei. Gleichzeitig macht diese Mitte (in und zusammen mit der EU) Gesetze,

um unerwünschte Menschen, die man in Europa nicht haben will, weil sie nur Geld kosten und das Stadtbild stören, in Internierungslager außerhalb der EU zu deportieren. Das ist – man muss Luigi Pantisano, dem Vorsitzenden der *Linken* hier Recht geben – tatsächlich eine faschistische Politik, die die CDU in der EVP zusammen mit den Neofaschisten um Meloni und anderen macht. Wer dagegen die Menschenwürde auch für Flüchtlinge reklamiert, gilt für die Mitte sofort als linksradikal.

Dass man Mitte auch ganz anders denken kann, zeigt G. W. F. Hegel, der in seiner dialektischen Logik das Maß als verbindende Kategorie von Quantität und Qualität fasst und für den die Mitte eine »Vermittlung« von Phänomenen in der Entwicklung von Natur, Denken und Gesellschaft ist. Mit solchen Gedanken will die Politik in Parteiendemokratie und Parlamentarismus jedoch nichts zu tun haben. Sie verwendet »Mitte« als dumpfes Instrument des Ausschlusses und der Diskreditierung.

V.

Die Flexibilität der politischen Mitte erkennt man auch an den vielen Nazis, die sich nach 1945 plötzlich in der Mitte einfanden. Kaum jemand störte sich daran, dass Adenauer profilierte Nationalsozialisten wie Oberländer und Globke in sein Kabinett holte. »Auf durchschnittlich 70 Prozent schätzen Experten den Anteil des Personals, das bereits in der NS-Zeit in Ministerien und Behörden beschäftigt war und nach 1945 problemlos weiterarbeiten konnte. Manche schätzen den Anteil sogar auf 90 Prozent« (Marcel Fürstenau, Braune Schatten, *DW* 02.03.2012). Den Gipfel stellte wohl der Juraprofessor Theodor Maunz dar, das lebende Vorbild für Degenhardts »Notar Bolamus«. Bis 1945 offiziell (danach heimlich) ein überzeugter Nazi, der in seinen Publikationen sogar die Buchstaben für die SS in deren Runen drucken ließ. Dann war er plötzlich CSU und für diese im Parlamentarischen Rat bei der Beratung des Grundgesetzes auf Herrenchiemsee. Später zusammen mit Günter Dürig (schließlich kam noch sein Schüler Roman Herzog dazu) wichtigster Kommentator des Grundgesetzes (Maunz, Dürig, Herzog). Also ein in der Wolle gefärbter Nazi (CSU) erklärt uns da, wie wir die Begriffe Menschenwürde, Gleichheit und Freiheit und die Grundrechte zu verstehen haben. In seiner 1934 erschienenen Schrift *Neue Grundlagen des Verwaltungsrechts* schrieb er: »Die Vorstellung, der Zweck der Verwaltungsrechtspflege bestehe im Schutz der Freiheitssphäre des Individuums gegen Maßnahmen der staatlichen Verwaltung, mochte im liberalen Staat eine Berechtigung gehabt haben, im nationalsozialistischen Staat muss sie ausgeschaltet werden.« Und 1943 in *Gestalt und Recht der Polizei*: »Der Auftrag des Führers ist schlechthin das Kernstück des geltenden Rechtssystems und seinem innersten Wesen verbunden. Daher wird sich an den Zusammenhang des Führerauftrags mit der gesamten rechtlichen Ordnung der Gegenwart keine Auseinandersetzung mehr knüpfen können. Die Vereinbarkeit steht vielmehr für das heutige Recht außer Zweifel. (...) Dieses System hat notwendigerweise und folgerichtig den alten Gesetzmäßigkeitsgrundsatz ersetzt, seitdem an die Stelle des alten Gesetzes der Wille des Führers getreten ist.«

VI.

Niemand wollte sich daran erinnern. Erst Hildegard Hamn-Brücher machte öffentlich, was für ein christsozialer Nazi da sein Unwesen trieb, was zu seinem Rücktritt führte. Denn zwischen 1957 und 1964 war er auch bayerischer Kultusminister. Als solcher verbot er u. a. den Ankauf von Werken der Künstlergruppe »Spur«, die ihm zu gotteslästerlich und zu modern (um nicht zu sagen »entartet«) war. Das entsprach

dem damals herrschenden, vom Kunsthistoriker Hans Sedlmayer im Buch *Der Verlust der Mitte* auf den Punkt gebrachten Kunstgeschmack. Beklagt wurde, dass alles in der Moderne »gestört« sei: das Verhältnis zu Gott, zur Autorität, zum Menschen als »Krone der Schöpfung«. Als Maunz 1993 starb, machte Gerhard Frey, der Herausgeber der *Nationalzeitung* und Vorsitzende der DVU, bekannt, dass Maunz all die Jahre für ihn als Justitiar tätig war und unter Pseudonym Beiträge für sein faschistisches Blatt geschrieben hatte. Roman Herzog, der Musterschüler des Verstorbenen und damals noch Verfassungsrichter, war nur kurz irritiert und ging zur Tagesordnung über. Maunz ist das beste Beispiel dafür, wie die Mitte der Mit-Läufer es versteht, zu wandern, sich zu akkommodieren und dabei doch immer der gleiche dunkle und düstere Sumpf des Unheils bleibt. Im Juli 2021 strich der C.H.Beck-Verlag den Namen Maunz aus der Herausgeberschaft des renommierten *Grundgesetz-Kommentars*. Aber da war die Mitte längst bei der AfD angekommen. Vermutlich wird diese Mitte deshalb von den ganz normalen Medien und Politikern und Bürgern so geliebt, weil sie gleichzeitig so durchsichtig wie düster ist. Weil ja nur die Nicht-Normalen, die sowieso »nicht zu uns« gehören – die Kommunisten und Anarchisten, die Dissidenten und Außenseiter vom linken Rand, die permanent die Welt verbessern wollen, die nervigen Menschenrechtsverfechter -, Angst vor ihr haben müssen. Die Mitte dagegen, die sich vor allem durch Opportunismus und Verlogenheit auszeichnet, ist in ihrem erbärmlichen Behagen so »normal« wie der CSU-Nazi Maunz.

Und, so Kanzler Merz am 9. Juli im Bundestag: »Die Mitte liefert.«

Zum Beispiel Internierungslager für unerwünschte Menschen. Sie liefert, wie seit eh und je: Unmenschlichkeit.

Gefahr aus der Mitte **Flächendeckende KI-Überwachung**

Der Bundestag hat das Zeitalter der automatisierten Überwachung auf Bundesebene eingeläutet. In Zukunft soll die Bundespolizei zum Beispiel an Bahnhöfen Videoüberwachungssysteme einsetzen können, die automatisch Menschen identifizieren und ihr Verhalten beurteilen. Eine biometrische Echtzeitüberwachung, die tief in die Grundrechte eingreift. »Die flächendeckende Überwachung«, so Clara Bünger von den Linken, »wird für Millionen zum Normalzustand.« Und: »Dafür bekommt der Innenminister fast eine Milliarde mehr als im Vorjahr.«

Beschlossen wurde diese massive Verschärfung des Bundespolizeigesetzes am 10. Juli. In der letzten Sitzung vor der Sommerpause. Erst drei Tage zuvor hatte die schwarz-rote Koalition ihre Pläne offenbart.

In zahlreichen Bundesländern wurden oder werden Gesichtersuchmaschine, Megadatenbank und KI-Kameras bereits erlaubt, doch mit der Änderung des Bundespolizeigesetzes können die Technologien, die bislang nur vereinzelt genutzt wurden, sofort bundesweit eingesetzt werden. Der nun verabschiedete Gesetzesentwurf enthält neben der Befugnis zur automatisierten Videoanalyse auch weitere digitale Überwachungsbefugnisse, nämlich Regelungen zur Nutzung von Staatstrojanern, Drohnen, Stillen SMS, IMSI-Catchern, Fluggastdaten-Erhebung und Kennzeichenscannern.

Schon bald sollen weitere KI-Überwachungstools folgen. Eine ganze Reihe von softwaregestützten Überwachungsbefugnissen sind auf dem Weg durch den Bun-